

Pendlermobilität

Der Wetteraukreis ist ein ausgeprägter Pendler-Landkreis. Wie stehen Sie vor diesem Hintergrund zu dem geplanten Ausbau der A5 zwischen der Anschlussstelle Friedberg und dem Frankfurter Kreuz auf bis zu zehn Spuren? Wenn Sie den Ausbau für notwendig halten: Für welche Maßnahmen zur Bewältigung des zusätzlichen Verkehrs auf den Zubringerstraßen im Wetteraukreis werden Sie sich einsetzen? Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Pendlerströme weg vom motorisierten Individualverkehr zu lenken?

Einen Ausbau der A5 halte ich für vollkommen unnötig und eine fehlgeleitete Investitionsausgabe. Die Kosten und der tatsächliche Aufwand sind aktuell noch gar nicht absehbar. Selbst Autoverbände, wie der ADAC, sprechen sich gegen einen Ausbau aus. Die Schäden für die Umwelt und das Gemeinwohl der Anwohnenden wären katastrophal. Und der Ausbau würde zu einer erheblichen Mehrbelastung durch Pendlerströme in den Wetterauer Kommunen führen.

Stattdessen sollte das Geld in den Ausbau der Schiene investiert werden, damit Pendler aus der Wetterau heraus nicht auf das Auto angewiesen sind.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Der ÖPNV im Wetteraukreis steht derzeit wegen häufiger Verspätungen, Zugausfällen, mangelnder Fahrgastinformation, etc. in der Kritik. Durch welche infrastrukturellen und betrieblichen Verbesserungen kann die Zuverlässigkeit des ÖPNV aus Ihrer Sicht am effizientesten und schnellsten gesteigert werden? Können Sie konkrete Ausbaumaßnahmen im ÖPNV nennen, die Sie unterstützen werden (z. B. Taktverdichtung, Umsteigezeiten, Kapazitätsausbau, Elektrifizierung, etc.)?

Die begonnene Erweiterung der Bahnstrecke von Friedberg nach Frankfurt auf drei Gleise muss zügig beendet werden. Und die Planungen für einen weiteren Ausbau bis nach Gießen in der Zukunft sollten bereits begonnen werden.

Auf der Strecke Friedberg – Bad Homburg brauchen wir eine wesentlich stabilere Verbindung, welche nicht so oft von Störungen und Verspätungen betroffen ist. Die geplante Modernisierung und Elektrifizierung dürfen daher nicht aufgeschoben werden.

Generell sollte die Busflotte der Überlandbusse in der Wetterau sukzessive zu einer e-Flotte umgebaut werden und die nötige Ladeinfrastruktur errichtet werden.

Förderung und Sicherheit des Fuß- und Radverkehrs

Die Novelle des Straßenverkehrsgesetzes gibt den Kommunen mehr Freiraum bei der Gestaltung der Verkehrsströme. Wie stehen Sie zur Förderung von Maßnahmen, die den über- und innerörtlichen Fuß- und Radverkehr sicherer und attraktiver machen (z. B. Ausbau von Radwegen, sichere Abstellanlagen, Bahn & Bike, steuerliche Anreize, etc.)? Welche Möglichkeiten unterstützen Sie, um die Sicherheit des Fuß- und Radverkehrs insbesondere im Umfeld von Schulen zu erhöhen (z. B. Einführung von Schulstraßen, temporäre Sperrung von Straßen vor Schulen, Bicibus, etc.)?

*Die Bürger*innen brauchen eine sichere Alternative zum Auto. Hierfür müssen Fahrradwege vor allem entlang von Überlandstraßen ausgebaut werden. Aber auch innerorts braucht es mehr Flächen für Fahrradfahrende. Dies beinhaltet mehr Radwege oder Radschutzstreifen, aber auch die stärkere Nutzung von Fahrradstraßen. Die Nutzung von Fahrrädern kann auch vereinfacht werden, durch kleinere Maßnahmen, wie etwa den Grünpfeil.*

*Außerdem muss sich die Sicherheit auf der Straße auch für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen erhöhen, indem großflächig Tempo 30 eingerichtet wird. Dies ist nun für Kommunen wesentlich leichter umsetzbar.*

Zusätzliche Anreize zu mehr klimafreundlichen Verkehr bieten ein höherer CO2 Preis, erhöhte Parkgebühren für SUVs oder eine e-Auto Prämie.

Planungs- und Finanzierungsaspekte

Wie stehen Sie zu der u. a. von ADAC und ADFC geforderten Planungsbeschleunigung beim Bau von Radwegen an Bundes- und Landesstraßen sowie von Radschnellwegen? Wie stellen Sie sich die verlässliche Bereitstellung von Finanzmitteln durch den Bund an Länder und Kommunen zur Umsetzung einer zukunftsweisenden, klimagerechten Verkehrspolitik vor?

*Ich unterstütze eine Planungsbeschleunigung und einen Bürokratieabbau bei Radwegen vollkommen. Radschnellwege sind ein hervorragendes Mittel, um Bürger*innen auch überkommunal die Nutzung von Fahrrädern zu ermöglichen.*

Der Ausbau des Straßennetzes ist eine Infrastrukturmaßnahme, welche durch eine Neuregelung der Schuldenbremse finanziert werden sollte. Zusätzliche Gelder könnten auch durch oben beschriebene Maßnahmen, wie ein CO2 Preis oder Verteuerung von klimaschädlichen Fahrzeugen eingenommen werden. Generell brauchen die Kommunen mehr finanziellen Spielraum, der ihnen von Land und Bund eingeräumt werden muss.